

Sanierung des Freibads

Bad König, 17.01.2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie hiermit, folgenden Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und ZBK in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einzubringen:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad König möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Bad König schafft unverzüglich die entsprechenden Voraussetzungen, dass die Stadt das am 05.01.2023 vorgestellte Sanierungskonzept für das Freibad mit den bereitgestellten Haushaltsmitteln von 3,5 Mio Euro umsetzen kann.

Der Vertrag mit dem Planungsbüro BZM wird unmittelbar gekündigt und Rückforderungen bereits gezahlter Honorare geprüft.“

Begründung:

Am 11.03.2021 hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, für die Sanierung des Freibads der Stadt Bad König Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,5 Mio Euro in den Haushalt einzustellen.

Damit wurden insgesamt 3,5 Mio Euro für die Sanierung des Freibads bereitgestellt.

Das am 10.06.2021 beauftragte Planungsbüro BZM hat für die Sanierung Kosten von ca. 7,2 Mio Euro netto (8,6 Mio Euro brutto) geschätzt. Dies ist unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der Stadt und unter den aktuell verschärften wirtschaftlichen Randbedingungen nicht ohne extreme Steuererhöhungen darstellbar.

Mit dem von Herrn Thomas Riedl und seinem Team erarbeiteten Konzept und den zugrunde liegenden Angeboten ist eine Sanierung mit den bereitgestellten Haushaltsmitteln möglich.

Die Umsetzung soll durch die TSG Bad König 1863 e.V. erfolgen, wofür entsprechende vertraglichen Rahmenbedingungen zu schaffen sind. Ein Vertragsentwurf liegt bereits vor.

Die vorgeschlagene Vorgehensweise wurde bereits erfolgreich in Reichelsheim praktiziert, um den Bau einer Straße nebst Brücke rasch und kostengünstig zu realisieren.

Vor der Beschlussfassung sollen die Fraktionen, z.B. im Ältestenrat, in einer Ausschusssitzung oder in einem anderen vom Stadtverordnetenvorsteher zu wählenden Format, transparent und direkt informiert werden. Dabei sollen Experten die entsprechenden Rechtsauffassungen darstellen und offene Fragen beantworten, damit die Stadtverordneten ihre Entscheidung zu diesem Beschlussvorschlag abwägen können.

Hedwig Seiler, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Holger Hoche, Fraktionsvorsitzender ZBK

(digital erstellt und signiert, Unterschriften werden bei Erfordernis nachgereicht)